

Ercheint wöchentlich
einmal: Freitags.
Umzeiten: Die fünfgepaltenen
Beitragelle 40 Hg.
Für die Ortsvereine 10 Hg.
Im Abonnement nach
Uebereinkunft.
Schluss der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreislifte.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 27

Berlin, den 5. Juli 1912

23. Jahrg.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223,
Geldsendungen an W. Ziefe, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Inhaltsverzeichnis. Getreidezölle und Bodenpreise. — Rechtspolitische Betrachtungen eines Volkswirtes. — Das Kinderschutzgesetz in der Praxis. — Der Verbandstag des deutschen Holzarbeiterverbandes. — Feuilleton: Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfabrik in Charlottenburg. — Rundschau: Lohnabzüge für Steuern. Verstratter sozialdemokratischer Terrorismus. Arbeitszeit und Produktion. Die Goldproduktion der Welt. — Patentschau. — Aus den Ortsvereinen: Ansbach. Berlin. Bremen. — Unsere Tarife. — Lohnbewegung. — Literarisches. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Versammlungen des Ortsvereins der Holzarbeiter Berlin. — Anzeigen.

Getreidezölle und Bodenpreise.

Für einen ehemaligen Sozialdemokraten recht eigenartige Thesen stellt Richard Calmer in der Wochenschrift für Kapital und Arbeit auf. Wenn auch manches unterstrichen werden kann, so können wir doch nicht empfehlen, sich allgemein auf den Boden nachstehenden Artikels zu stellen.

Die Wirkung der Getreidezölle auf die Landwirtschaft ist von jeher ein beliebtes Thema wissenschaftlicher und parteipolitischer Erörterung gewesen. Leider aber hat immer das statistische Grundmaterial nicht ausgereicht, die Frage einwandfrei zu beantworten. Man ist zu sehr auf Annahmen und Verallgemeinerungen angewiesen. Auf der einen Seite debütiert man, wie folgt: Infolge der Getreidezölle steigen die Einnahmen des Landwirts, seine Rente nimmt zu, und damit gewinnt der Grund und Boden einen höheren Wert. Wenn dann der alte Besitzer seine Betriebsfläche verkauft, dann erhält der neue Besitzer einen stark veräuerten Boden, auf dem er lange nicht mehr so wirtschaften kann wie der Vorbesitzer. Man kann dieser Deduktion bis zu einem gewissen Grade folgen, aber man muß ihre Uebertreibungen ablehnen. Und eine dieser Uebertreibungen ist die Behauptung, daß durch den Verkauf einer Wirtschaft der Preis in einem Grade gesteigert würde, der die ganze Rentabilität in Frage stelle. Richtig scheint uns zu sein, daß durch die Wirkung erhöhter Zölle, aber auch noch durch andere Faktoren die Einnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe so günstig beeinflusst werden, daß die Rente sehr stark wächst. Erfolgt nun ein Verkauf, so wird doch naturgemäß der Käufer sich auch erst einen Uberschlag machen, ob er bei dem geforderten Preis bestehen und eine entsprechende Rente erwirtschaften kann. Tut er das nicht, sondern kauft vielmehr zu dem geforderten Preise viel zu hoch, dann hat er es sich selbst zuzuschreiben, wenn er nicht bestehen kann. Ist aber zu vermuten, daß die große Zahl der Landwirte so unüberlegt handelt? Ist nicht vielmehr zu vermuten, daß wir vereinzelte Beispiele zu rasch verallgemeinern? Gewiß kommt es vor, daß namentlich infolge des Dazwischentreitens eines Händlers die Grund- und Bodenpreise stark getrieben werden, aber für das Gros der landwirtschaftlichen Betriebe können diese Beispiele, wenn sie sich auch im Laufe der Jahre und in den verschiedenen Gegenden noch so gehäuft zeigen mögen, doch nicht maßgebend sein. Gerade für die bäuerliche Bevölkerung möchten wir bestreiten, daß diese Beispiele beweiskräftig seien. Wir neigen vielmehr der Ansicht zu, daß die Masse der Bauern ihren Grund und Boden auch heute noch als die Grundlage ihrer Existenz für sich und für ihre Nachkommen ansehen und gar nicht daran denkt, ihn zu verkaufen. Sie sind mit ihm verbunden und sehen in ihm notwendige Produktionsmittel und kein Handelsobjekt.

Das schließt natürlich nicht aus, daß sie, wenn sich ihnen eine besonders günstige Gelegenheit zum Verkauf bietet, bereit sind, einen lockenden Gewinn einzuharfen. Es fragt sich aber, ob für die Masse der bäuerlichen Betriebe solche Gelegenheiten sich fortgesetzt und überall bieten. Das erscheint uns ganz ausgeschlossen. Denn wenn nicht aus einem besonderen Grunde ein Liebhaber sich findet, so verbleibt sich der Handel in landwirtschaftlichem Grund und Boden. Wer soll denn kaufen? Ein anderer Landwirt, der an Ort und Stelle auch schon seine Betriebsfläche hat? Der ist viel zu klug, um eine Wirtschaft zu übernehmen, bei deren Betrieb er keine oder eine zu niedrige Rente erzielen kann. Ein junger Anfänger wird ja eher versucht sein, auf zu teurem Grund eine Wirtschaft zu beginnen, aber einzeln ist gerade diese Schicht in der mittleren Landwirtschaft sehr dünn gesät, und dann müssen eben hier die zu Bagelstücken das Schicksal, das sie erteilt, genau so tragen wie ähnliche Erzeugnisse auf anderen Gebieten des Wirtschaftslebens. Aber es ist eben noch nicht der Beweis erbracht, daß das Gros der Bauern

seit der Zollsteigerung seinen Grund und Boden zu den höheren Preisen, wie sie sich aus einzelnen Beispielen ergeben, gewechselt hat, vielmehr darf als ziemlich sicher angenommen werden, daß diese Schicht mit dem Boden, der ihnen gehört, ziemlich eng verwachsen ist und vorläufig auch verwachsen bleibt.

Wohl aber ist eine andere Gefahr nicht zu verkennen. Der Wert von Grund und Boden steigt, auch ohne daß er verkauft wird. Die höhere Rente gestattet, den Wert von Grund und Boden erheblich höher in die Rechnung einzusetzen, wodurch die Rente natürlich niedriger erscheint, aber erreicht wird, daß der Kredit erhöht werden kann. Oder anders ausgedrückt: die steigende Rentabilität begünstigt ein Anwachsen der Verschuldung. Daß dies unter Umständen für das Gros der bäuerlichen Bevölkerung gefährlich wird, wird nicht bestritten werden können. Wird die stärkere Investierung von Kapital für die Zwecke des Betriebes zur Steigerung der Produktivität gemacht, dann bleiben die guten Wirkungen nicht aus. Aber ob das für die Gesamtheit der in Frage kommenden Betriebe zutrifft? Darüber wissen wir so gut wie nichts. Wenn aber hier gesündigt wird und gesündigt worden ist, dann rächt sich die falsche Investierungspolitik darin, daß die Rente aus Grund und Boden wieder dauernd zurückgeben kann, ohne daß ein neues wirksames Gegenmittel in Anwendung gebracht werden kann. Denn daß die Getreidezölle nicht noch weiter gesteigert werden können und dürfen, das wird auch zum Teil in den Kreisen eingesehen, die als streng agrarisch bezeichnet werden. Durch den heute bestehenden Schutz hat der Staat das Neukerkel getan, um die bäuerliche Bevölkerung dem billiger produzierenden Ausland gegenüber ertragsfähig zu machen und zwar in einem Grade, der durchaus als ausreichend zu bezeichnen ist. Die günstigen Wirkungen dieser Schutzpolitik auf unser gewerbliches Leben bis herab auf den Arbeitsmarkt sind ja nicht ausgeblieben und werden auch in immer weiteren Kreisen erkannt. Was wäre Deutschlands wirtschaftliches Gedeihen ohne das Rückgrat seines ausnahmsfähigen Inlandsmarktes, der sich doch zuletzt auf die Kaufkraft seiner landwirtschaftlichen Bevölkerung gründet? Ohne diesen starken Rückhalt wäre der industrielle Aufschwung, das Erstarren der Arbeiterbewegung, gar nicht möglich gewesen. Aber dieser aus triftigen Gründen der deutschen Landwirtschaft gewährte Schutz legt auch der bäuerlichen Bevölkerung Pflichten auf, die vor allem dahin gehen, daß die Landwirte ihre Wirtschaft verbessern, daß sie die Errungenschaften der modernen Technik und Wissenschaft auf ihrem speziellen Gebiete sich zu eigen machen, um nicht von neuem in eine Notlage hineinzugeraten, deren Ursachen unter keinen Umständen mehr in der internationalen Konkurrenz gesucht werden könnten. Der Getreideschutz ist keine Schraube ohne Ende, wie vielfach behauptet wird. Würde die deutsche Landwirtschaft ihn zur Schraube ohne Ende machen wollen, dann würde sie damit den Beweis liefern, daß sie nicht in der Lage war, die günstige Position, die man ihr durch den heutigen Schutz eingeräumt hat, in einer volkswirtschaftlich erträglichen Weise auszunutzen. Denn wenn früher die deutsche Landwirtschaft auf die niedrigen Gesehungskosten der ausländischen Konkurrenz mit Recht hinweisen konnte, so ist heute zu bedenken, daß in diesen Konkurrenzländern die Gesehungskosten nicht mehr sinken, sondern ganz deutlich und immer mehr eine steigende Tendenz annehmen: die Spannung zwischen Inland und Ausland wird geringer, nicht größer. Aus diesem durchschlagenden Grunde verbietet sich die Forderung einer weiteren Erhöhung der Getreideschutzzölle ganz von selbst. Eine Ausflüchtung, in welcher Weise die Investierungspolitik in der Landwirtschaft gehandhabt wird, wäre von größtem Nutzen. Leider ist aber daran bei der mangelhaftesten Entwicklung der heutigen systematischen und periodischen Wirtschaftskunde nicht entfernt zu denken.

Rechtspolitische Betrachtungen eines Volkswirtes.

Unter diesem Titel hat Potthoff ein Buch erscheinen lassen, das gerade in den Kreisen der Gewerksvereine die eingehendste Beachtung verdient und in keiner Gewerksvereinsbibliothek fehlen sollte. Denn es enthält nichts anderes als die ausführliche Entwicklung und Begründung der Resolution des 17. Verbandstages der Deutschen Gewerksvereine, die bekanntlich wie folgt lautet:

„Die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus dem Gewaltverhältnis, das es heute ist, in ein reines Rechtsverhältnis stellt das wichtigste Prinzip für die gesamte Tätigkeit der Gewerksvereine dar.“

Im Potthoffschen Buche finden wir nun zunächst kurz die Entwicklung des heutigen Arbeitsrechts, den Inhalt der jetzt geltenden Gesetze und sodann die Darlegung der einzelnen „Probleme des Arbeitsrechts“, insbesondere der Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsverfassung, des Arbeitskampfes, des Arbeitsvertrages und der Arbeitsbeschränkung. Potthoff will dabei soziales Recht darstellen, und sozial ist für ihn „das Vorrecht des lebenden Menschen vor allen Gütern und Einrichtungen dieser Erde. Sozial ist das Recht nur, wenn es die Persönlichkeit des Menschen, des Staatsbürgers, höher wertet als Sachgüter, als Vermögensinteressen, als irgendwelche Institutionen (§. 60). Und er erklärt am Schluss des Werkes, daß er seine Darlegungen nicht besser schließen könne als mit der vollständigen Wiedergabe des Programms, das Stadtrat Fiesch — dem er sein Buch gewidmet hat — in seinem Vortrag vor dem Verband der Deutschen Gewerksvereine Pfingsten 1910 entwickelt hat, eines Programms, das in allen Einzelheiten mit erprobten und anerkannten Einrichtungen übereinstimmt, in seiner Gesamtheit aber eine Zukunftsaufgabe darstellt, die wohl noch ein Menschenalter lang die innere Politik Deutschlands beschäftigen oder beherrschen werde.

Die Gewerksvereine, die sich ja auf den Boden dieses Programms gestellt haben, werden das Buch hiernach als eine ausführliche Begründung und Erörterung ihrer eigenen Absichten auffassen können, und sie finden in dem Buch, gewissermaßen als Illustrationen zu den einzelnen Kapiteln, eine Fülle von Materialien über die auswärtige Gesetzgebung, z. B. bezüglich der Arbeitskammern, der Tarifverträge, des Schieds- und Einigungsverfahrens, und über die bisherige Arbeit der im Gebiete des Arbeitsrechts vorwiegend tätigen Männer. (Programm Einzelheimer über die Tarifverträge, Gesetzentwurf Böbling über den Akkordvertrag, die Zeitsiftung in Sena, den Potthoffschen Antrag über die Befugnisse der Arbeitskammern als Eingangsämter usw.) So ist das Buch eine ungemein nützliche Zusammenstellung dessen, was heute auf dem Boden des heutigen Rechts und der heutigen Wirtschaftsordnung geleistet werden könnte, und dessen, was demgemäß heute, auf dem Boden des heutigen Rechts und der heutigen Wirtschaftsordnung, auch gefordert werden muß.

Dadurch wird aber zugleich gezeigt, wie unrichtig es ist, wenn die Sozialdemokratie den Anspruch erhebt, daß ihr Programm und nur ihr Programm eine ernsthafteste Vertretung der Arbeiterinteressen ermögliche. Im Gegenteil — und auch das ist für die Agitation der Gewerksvereine von ungeheurer Wichtigkeit — was das Wesentliche des sozialdemokratischen Programms ausmacht, der berühmte erste Teil des Erfurter Programms, hat mit den positiven Forderungen des zweiten Teils nicht das geringste zu tun. Im ersten Teil wird die Verwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum gepredigt und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Im zweiten Teil werden die gut demokratischen Forderungen entwickelt, die mit dieser ganzen „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, — wie das Potthoffsche Buch und das von Fiesch aufgestellte Programm zeigen — nicht das geringste zu tun haben. Lassalle und Marx wußten wohl, warum sie die Arbeiter im Glauben an jene, im wesentlichen dem alten Manifest der kommunistischen Partei entnommenen Prophezeiungen erziehen wollten; und das Programm hat auch, indem es den Glauben erzeugt, als ob die Interessen der Arbeiter von denen aller anderen Parteien grundverschieden seien, viel dazu beigetragen, daß die Dreimilionspartei entstanden ist; daß sich die unheilvolle Meinung unter den sozialdemokratischen Arbeitern gebildet hat, als ob die gesamten bürgerlichen Parteien keine Arbeiter seien, und sie, die Arbeiter, in allen bürgerlichen Parteien feindlich gegenüberstehendes Kriegsheer sein müßten. Einen Zwang an sich, d. h. eine praktische Bedeutung für die politische Arbeit, für die Förderung der Interessen der Schwächeren und der Unbemögenden, zu denen die Arbeiter, aber auch der gesamte sog. Mittelstand gehören, hat es deshalb nicht.

In einem seiner bedeutendsten Dramen (Herodes und Mariamne) schildert Hebbel, wie Herodes die Juden aus ihrer Vereinsamung unter den Völkern herausziehen wollte:

„Was Moses bloß gebot, um vor dem Rückfall In seinen Kälberdienst dies Volk zu schütten, Befolgt dies Volk, als hätte es einen Zweck an sich und gleich Dem Kranken, der nach der Genesung noch Das Mittel, das ihm heilte, fortgebraucht, Als wären Arznei und Nahrung eins.“

Von der modernen Sozialdemokratie kann man das Gleiche sagen. Ihre Führer — weniger die Priester als die Pfaffen des sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses — suchen ihre Gläubigen künstlich in der Isolierung zu halten und benutzen dazu die alte Prophezeiung von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, „als wären Arznei und Nahrung“.

Die starken und vielvermögenden Leute, aus welchen die konservativen Parteien bestehen, und welche in der nationalliberalen Partei — und auch in der Zentrumspartei — die Herrschaft zu erlangen suchen, mögen hiermit nicht zufrieden sein.

Das Kinderschutzgesetz in der Praxis.

Von Schulze, Kgl. Gewerbeinspektor zu Sulda.

Trotz aller dieser Schwierigkeiten und Mängel hat die Durchführung des Gesetzes durch die von den Gewerbeaufsichtsbeamten unter der aufopferungsvollen Mithilfe der Schulen aufgewandte Mühe und ein schärferes polizeiliches Vorgehen gute Erfolge gezeitigt.

Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg.*)

Die Verwaltung der unter dem Reichsamt des Innern stehenden Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt gibt ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 1911 heraus.

1. Besuch. Die Ausstellung wurde im Berichtsjahre von 25 257 männlichen und 996 weiblichen, insgesamt 26 253 Personen besucht, gegenüber 24 720 Besuchern im Jahre 1910.

Die Ausstellung befindet sich am Hauptbahnhof 11 12, gegenüber dem Hauptbahnhof Charlottenburg, mit dem Hauptbahnhof Charlottenburg, von 10-1 Uhr, Sonntag und Feiertage von 10-12 Uhr, Sonntag von 10-12 Uhr.

Table with 3 columns: a) die Zahl der gewerblich beschäftigten fremden Kinder, b) die Zahl der gewerblich tätigen eigenen Kinder, c) Zahl der fehlenden Arbeitsstellen, d) die Zahl der sonstigen Berufe, e) die Zahl der Kinder, bei denen gesundheitliche oder sittliche Schädigungen aus gewerblicher Beschäftigung hergeleitet wurden. Includes years 1905 and 1910.

Bemerkenswerterweise hat sich die Zahl der beschäftigten eigenen Kinder weniger verringert als die der fremden. Die unverkennbare Notlage der Eltern treibt zu mehr oder weniger ausgedehnter Beschäftigung der eigenen Kinder.

Das beste Mittel zur wirksamen Durchführung des Kinderschutzgesetzes ist die Aufbesserung der Löhne. Sodann ist die Schule in erster Linie berufen, die Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz einzuschränken, sie kann die Heranziehung schulpflichtiger Kinder zu gewerblicher Tätigkeit verhindern und hat ein Interesse, daß die Kinder durch Überlastung oder ungeeignete Beschäftigung für die Erziehung und den Unterricht nicht untauglich werden.

Die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten zur besseren Durchführung des Gesetzes muß sich auf ihr Zusammenwirken mit der Schule aufbauen.

einer spanischen und einer dänischen — die Einrichtungen der Ausstellung eingehend erläutert. Die Gesamtzahl der die Ausstellung besuchenden Ausländer betrug 816.

2. Ausstellungsgegenstände. Abgesehen von dem im Laufe des Jahres ständig stattfindenden Umtausch veralteter Einrichtungen gegen neuere Konstruktionen, ist es gelungen, verschiedene interessante Neuerungen zur Vorführung zu bringen.

3. Bibliothek. Die allen Besuchern frei zur Verfügung stehende Bibliothek wurde im Berichtsjahr um einige Werke vermehrt, so daß sie z. B. etwa 600 Bände aus dem Gebiete des Unfallgesetzes, der Gewerbehygiene und der sozialen Hygiene zählt.

der einzelnen Schulen erleichtert. Die Abteilung für Kirchen- und Schulwesen verschiedener Regierungen haben angeordnet, daß bei allen zweifelhaften Fällen seitens des Lehrers und Schulinspektors die Ansicht und der Rat des Gewerbeinspektors anzuhören sind.

Sie haben durch Rücksprache mit den Kreis Schulinspektoren oder durch Vorträge in den Direktoren- oder Lehrerkonferenzen das Interesse der Schulbehörden für die Durchführung des Gesetzes mit sicherem Erfolg zu steigern versucht.

Der Verbandstag des deutschen Holzarbeiterverbandes.

Die Verbändler von der roten Couleur haben in der verfloßenen Woche in Berlin ihren Verbandstag abgehalten.

Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Jahres- und Verwaltungsberichte der gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die Verwaltung wurde auch im Jahre 1911 in wachsendem Umfange um Auskünfte angegangen, die sich namentlich auf die Meinung von Bezugsquellen für bewährte Einrichtungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bezogen.

4. Vorträge. Der Vortragsaal wurde in der Hauptsache nur zu Vorträgen für größere Besucherguppen benutzt, in denen von Seiten der Verwaltung oder des betreffenden Veranstalters der Beschäftigung die Bestrebungen der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt des Näheren erläutert wurden.

5. Beteiligung an auswärtigen Ausstellungen. Die Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911, Abteilung „Beruf und Arbeit“ wurde mit Photographien besichtigt, die das Ausstellungsgebäude und einige besonders charakteristische Ausstellungsgegenstände zur Darstellung brachten.

Neuen Welt (Sachsenhaide) begannen die Verhandlungen am Montag, den 24. Juni im Gewerkschaftshause.

Der erste Tag befaßte sich mit dem Tätigkeits- und Massenbericht und zeigte darin eine Unzufriedenheit der kleineren Branchen, die hervorhoben, daß sie nicht genügend unterstützt werden. Die Zahlstelle Charlottenburg sollte sich nach dem letzten Verbandstagsbeschlusse auflösen und der Zahlstelle Berlin einverleibt werden. Das taten die Charlottenburger nicht und sträubten sich auch jetzt noch dagegen. Der Grund dieses Sträubens liegt in den Arbeitsnachweisverhältnissen in Berlin begründet. Diese Zahlstelle machte ihre Einverleibung nach Berlin seinerzeit von der Aufhebung des Obligatoriums im paritätischen Arbeitsnachweis abhängig. Der Verbandstag beschloß jedoch mit Mehrheit die Auflösung zum 1. Juli. Ob die Mitglieder in Charlottenburg sich dem wohl ruhig fügen werden?

Bei dem Bericht der Redaktion kam es zu einer kleinen Auseinandersetzung zwischen dem Redakteur Kayser und dem Verbandsvorsitzenden Seipart wegen der Stellungnahme der „Holzarbeiterzeitung“ bei dem Buchdruckerlohnstreik in Berlin im vorigen Jahre.

Zu dem Titel Lohnbewegung referiert A. Neumann in geschlossener Sitzung, aus dem in der Presse veröffentlichten Wochenzettel ist besonders Interessantes nicht zu ersehen, mit Ausnahme der Auffassung, daß das Uniernehmerium sich zu neuen Machtkämpfen rüste und die Holzarbeiter sich darauf vorbereiten müssen. Ueber die Regelung der Arbeitszeit berichtet derselbe Referent und stellt sich auf den Standpunkt, daß der Hauptwert auf die tägliche Verkürzung der Arbeitszeit und nicht auf die wöchentliche zu legen sei. In einer Resolution wird gegen den freien Sonnabend Nachmittag Sturm gelaufen. Der Redner gibt bei diesem Punkt eine Aeußerung des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes Herrn Kahardt bekannt, die auch für uns von Interesse ist. Danach soll Herr Kahardt offiziell mitgeteilt haben, der Arbeitgeberverband habe beschlossen, die Regelung der Arbeitszeit in zentralen Verhandlungen in einer im August stattfindenden Konferenz der Zentralvorstände zu besprechen. Auf eine Anfrage, ob die Arbeitgeber dabei auch an eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit denken, hätte Kahardt keine Auskunft geben wollen.

Gegen die Resolution und die Ausführungen Neumanns betreffs des freien Sonnabend Nachmittags wandten sich besonders die Nürnberger Delegierten. Der Vertreter des schweizerischen Holzarbeiterverbandes erklärte, daß in der Schweiz ein Drittel der Holzarbeiter bereits den freien Sonnabendnachmittag habe. Die schon erwähnte Resolution findet Annahme.

Der Arbeitsnachweis fand natürlich ebenfalls Berücksichtigung und wurde in einer Resolution darauf hingewiesen, überall darauf zu drängen, daß das Obligatorium durchgeführt werde. Daß etwas anderes gefordert würde, hatte niemand erwartet, da es jedermann, der die Dinge kennt, genau bekannt ist, daß der Holzarbeiterverband sich durch das Obligatorium ein Monopol schaffen will, mit dem er in der Lage ist, die anderen Organisationen an die Wand zu drücken. Jedenfalls werden mit dem Obligatorium die Arbeiter schwer geschädigt und haben wir keine Lust, dem Holzarbeiterverbande in diesem Punkte irgendwie Vorkaufendienste zu leisten.

Für die angestellten Beamten des Holzarbeiterverbandes hat der Verbandstag ein sehr weit gehendes Entgegenkommen gezeigt, indem die Hauptklasse die vollen Beiträge zur Privatbeamtenversicherung übernimmt und außerdem für die nächsten 10 Jahre (d. i. die Karenzzeit) die Hälfte der Beiträge zu der jetzt bestehenden Unterhaltungsvereinigung weiter bezahlt. Die Wahl der Beamten ergab die Wiederwahl derselben. Der nächste Verbandstag findet in Dresden statt.

Besonderes hat dieser Verbandstag in Neueinführungen nicht geschaffen. Die Arbeit galt mehr dem inneren Ausbau und der Verwaltung.

■ Hundschau. ■

Lohnabzüge für Steuern. Ein Arbeiter in Leipzig, der wegen eines Steuerrückstandes gepfändet worden war, hatte mit seinem Unternehmer das Ueberschuldungsgeld getroffen, daß ihm statt der für die Steuer pro Woche fälligen 4,15 Mk. pro Woche 10 Mk. vom Lohn abgezogen werden sollten, damit er von der Steuerpändung eher frei werde. Zweimal wurden die 10 Mk. auch in Abzug gebracht, aber das dritte Mal protestierte der Arbeiter dagegen, weil er die überschüssigen 5,85 Mk. nicht entbehren könne, da ihm gelündigt worden sei. Als die Firma sich zur Herauszahlung nicht verstehen wollte, da sie der Meinung war, die erste Abmachung stehe ein für allemal zu Recht, beschritt der Arbeiter den Klageweg. Das Gewerbegericht stellte sich auf seine Seite und verurteilte die Firma zur Zurückzahlung des wider den Willen des Arbeiters zuviel abgezogenen Betrags, obwohl die Firma auch die letzten 10 Mk. bereits an die Steuerbehörde abgeliefert hatte.

Bestrafter sozialdemokr. „Terrorenismus.“ Wir berichteten im Vorjahre über einen Fall von Terrorismus, der sich bei der Malerfirma Krauß & Söhne in Nürnberg zutrug. Bei genannter Firma waren 14 Mitglieder des sozialdemokratischen Arbeiterverbandes, sowie 3 Mitglieder des Christlich-Sozialen Gewerkschaftsvereins beschäftigt. Wie nun so ziemlich überall, so

versuchten auch hier die Genossen mit allen Mitteln, unsere Mitglieder zum Uebertritt zu bewegen. Als man jedoch einsah, daß unsere Kollegen fest zu ihrer Organisation standen, sahen man auf andere Mittel, um unsere Kollegen müde zu machen. In einigen Werkstattversammlungen, die eigens hierzu einberufen wurden, legte man unseren Kollegen nahe, bis Montag früh überzutreten, andernfalls treten die Genossen in den Streik, um die Entlassung oder den Uebertritt zu erzwingen. In gleicher Werkstattversammlung mußte sich jeder Verbändler durch Unterschrift verpflichten, falls bis zu gegebener Frist der Uebertritt nicht erfolgt sei, am Montag die Arbeit niederzulegen. 2 unserer Kollegen blieben standhaft, während der dritte, um nicht brotlos zu werden, im letzten Moment den Uebertritt vollzog. Die Genossen machten denn auch Montag früh ihre Drohung wahr, als die 2 Kollegen von uns am Montag in dem Betrieb ohne Uebertritt die Arbeit fortsetzten. Nach halbtagigem Streik haben sie die Entlassung unserer 2 Kollegen erreicht, nachdem der Arbeitgeber mitten in der Hochkonjunktur einer gewissen Zwangslage nachgab.

Auf Veranlassung unseres Arbeiterssekretariats in Nürnberg wurde dieser Fall sowohl dem Nürnberger Gericht, wie auch dem Tarifamt im Malergewerbe zu einer Entscheidung übergeben. Das Nürnberger Tarifamt im Malergewerbe hat einstimmig das Vorgehen der Genossen als Tarifbruch bezeichnet. Eine gerichtliche Verfolgung lehnte zunächst die Anwaltschaft ab und erst auf die dagegen eingelegte Beschwerde wurde das Verfahren gegen die beteiligten Verbändler eröffnet. Am 21. Juni fand nun vor dem Nürnberger Schöffengericht die Verhandlung statt. Die Genossen bemühten sich dabei mit allen Mitteln der Kunst, unsere Kollegen als Denunzianten, unverträgliche Mitarbeiter, mit denen jegliches Zusammenarbeiten unmöglich sei, hinzustellen. Sonderbar kam diese Verteidigung selbst dem Amtsrichter vor, da er selbst meinte, solche Mitarbeiter, die man in der Weise heruntersetzt, wie die Angeklagten es machen, sollte man doch lieber suchen vom Verband fernzuhalten, als umgekehrt, wie hier der Fall, mit allen Mitteln zu versuchen, sie zu gewinnen. Ob denn die Angeklagten glauben, meinte der Amtsrichter, daß die beiden Gewerksvereiner, wenn sie wirklich so schlechte Kerle wären, wie sie die Angeklagten behaupten, mit dem Moment des Uebertritts die gewünschten Engel würden. Im weiteren Verlauf der Verhandlung verteidigten die Verbändler ihre Handlungsweise so ungeschickt, daß jeder unbefangene Zuhörer ein Schicksal nicht unterdrücken konnte. Ein großer Teil von ihnen gibt an, sie wählten überhaupt nicht, warum sie in den Streik traten, einige wieder deshalb, weil die Hauptmacher die Arbeit niederlegten. Am Schluß gaben sie jedoch fast sämtlich zu, daß sie sich schon in der Werkstattversammlung unterschrittlich verpflichtet hätten, die Arbeit niederzulegen, falls die Gewerksvereiner nicht übertraten. Interessant ist auch, was ein Verbändler zur Verteidigung angab; er sagte, ich bin ein älterer Mann, hätte ich damals den Streik gegen die beiden Gewerksvereiner nicht mitgemacht, so wäre ich sowieso außer Arbeit gekommen. Damit wollte er sagen, hätte er nicht mitgestreikt, so hätten seine eigenen Kollegen seine Entlassung erwirkt. Der als Zeuge vernommene Arbeitgeber mußte den beiden Gewerksvereinern das beste Zeugnis ausstellen, wie er es auch schon damals bei der Entlassung schriftlich getan hat. Damit waren speziell die Verdächtigungen der Verbändler gegen unsere Kollegen wiederlegt. Derselbe Amtsrichter, der vor Jahresfrist das Verfahren in dieser Sache einstellte, beantragte in dieser Verhandlung folgende Strafen: Gegen 5 Angeklagte je 3 Wochen und gegen 9 Angeklagte je 2 Wochen Gefängnis. Das Urteil, welches das Gericht hierauf verfügte, lautete für 5 Angeklagte auf je 7 Tage und für 8 Angeklagte auf je 2 Tage Gefängnis. 2 Angeklagte wurden freigesprochen, weil das Gericht annahm, daß ihnen das Bewußtsein ihrer Handlung gefehlt und sie nur unter dem Druck ihrer Mitarbeiter den damaligen Streik mitmachten. Zugleich wurden den Angeklagten sämtliche Kosten auferlegt. Als strafersetzend kommt bei den 5 Angeklagten, welche je 7 Tage erhielten, in Betracht, daß sie die Rädelsführer der ganzen Sache waren, bei den übrigen als „mildernd“, daß sie zumest unter dem Druck einzelner stehend mitmachten. Der Angeklagte Paul, welcher derjenige Gewerksvereiner war, der damals seinen Uebertritt vollzog und sich gleich mit an die Spitze der Bewegung stellte, und auch bei der Verhandlung glaubte, seine Tat damit zu beschönigen und sich jedenfalls bei den Genossen noch mehr lieb kind zu machen, daß er am tüchtigsten gegen die beiden Gewerksvereiner loszog, gehört nun zu denen, die je 7 Tage Gefängnis erhielten.

Gegen das Urteil kündigt die sozialdemokratische „Lagespost“ Berufung an. Diefelbe mag nun aussäen wie sie will, unsere beiden Kollegen die durch die, man muß schon sagen gemeine Tat der Verbändler, damals lange Zeit brotlos waren, stehen heute gerechtfertigt da. Sowohl das Urteil des Tarifamts, wie des Schöffengerichts beweisen, daß die Genossen nur aus Haß gegen unsere Organisation handelten. Ein derartiges Vorgehen gegen Arbeitsbrüder von Arbeitsbrüderm f. l. o. f. findet g. l. n. d. e. in der verhängten Strafe seine gerechte Sühne. Soffentlich warnt dieses Gremial anbere, die von den gleichen Gelüsten geplagt sind.

Arbeitszeit und Produktion. Die englischen Textilarbeiter stehen im Begriffe, vom Parlament eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit von 55 1/2 auf 48 Stunden die Woche zu verlangen. Die Arbeiterpartei hat eine Vorlage zu diesem Zweck eingereicht. Die Arbeiter stügen sich bei ihrer Forderung namentlich auf die

Tatsache, daß in den letzten 60 Jahren die Arbeitszeit in der Textilindustrie nur um 4 1/2 Stunden wöchentlich verringert worden ist, während die Produktivität der Arbeit gewaltig gestiegen ist, so daß heute ein Textilarbeiter in Lancashire in 8 Stunden ebenso viel produziert, wie er vor 50 Jahren in 16 Stunden produzierte. Im Jahre 1856 machten die Spindeln z. B. 5500 Umdrehungen in der Minute, heute machen sie in den modernen Fabriken 9500 Umdrehungen. In demselben Jahre kamen auf je 1000 Spindeln 7,3 Arbeiter, heute kommen auf 1000 Spindeln, die noch einmal so schnell laufen wie die früheren, nur 3 Mann. Im Jahre 1856 produzierte ein Arbeiter pro Jahr 3637 Pfund Garn, heute produziert er 7736 Pfund und mehr in den modernsten Fabriken. In den Webereien liegen die Dinge ähnlich. Im Jahre 1856 stellte ein Weber 20580 Ellen Stoff im Jahre her, heute ist die Produktion pro Arbeiter und Jahr 38000 Ellen. Für die nächste Zeit steht zu erwarten, daß sich die Zahl der Webstühle pro Arbeiter noch gewaltig vermehren wird. Webstühle wie die von Northrop und andere werden eingeführt. Von den gewöhnlichen in Lancashire gebrauchten Webstühlen kann ein Arbeiter vier bedienen, dagegen können 16-24 Northropwebstühle von einem Arbeiter bedient werden. Weiter: Im Jahre 1856 waren die Kosten für Arbeit pro Pfund Garn 2,4 Pence, heute sind sie nur noch 1,06 Pence. Der Unterschied in der Produktivität der Arbeit heute und vor 60 Jahren könnte noch an anderen Zahlen bewiesen werden. Die obigen genügen aber, um an andern Dingen darzutun, wie notwendig eine Verkürzung der Arbeitszeit geworden ist.

Die Goldproduktion der Welt. Obgleich die gesamte Goldproduktion der Welt unausgesetzt im Steigen begriffen erscheint, so hat sich doch das Tempo der Zunahme gegenüber früheren Jahren in letzter Zeit etwas verlangsamt. Von autoritativer Seite wird nach einer Notiz der „Londoner Finanz-Chronik“ die gesamte Goldgewinnung der Welt im Jahre 1911 auf 94.677.000 Pfund Sterling veranschlagt, woraus sich ein Plus von 804.000 Pfund Sterling im Vergleich zum Jahre 1910 ergibt. Daß sich andererseits die Goldproduktion einiger Länder in rückläufiger Richtung bewegt, erhellt aus der Tatsache, daß die Vermehrung der Goldgewinnung auf den Transvaalminen, deren Produktion nahezu 35.000.000 Pfund im verfloffenen Jahre betrug, nur um ein Geringes unter 3.000.000 Pfund Sterling zurückblieb. Den einschneidendsten Rückgang der Goldgewinnung weist Australien im abgelaufenen Berichtsjahr auf; aber auch Ostindien mußte sich eine Reduktion gefallen lassen, indes es in Rußland infolge der vorjährigen langanhaltenden Dürre unmöglich war, alle bekannten Goldlager abzubauen. Mexiko wiederum verzeichnete eine Produktionsverringerung infolge des im Vorjahre stattgefundenen Bürgerkrieges, der störend eingriff. Dagegen vermochten Rhodesien, Westafrika, sowie die Vereinigten Staaten und Kanada ihre Produktion teilweise zu behaupten, teilweise aber auch zu erhöhen. Berücksichtigt man die im abgelaufenen Jahre wirksam gewesenen anormalen Verhältnisse, so läßt sich für das laufende Jahr wohl eine abermalige härtere Zunahme der Goldgewinnung der ganzen Welt in Aussicht nehmen.

Patentschau.

(Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin-Nichtenberg, Schöffelstr. 10. — Auskünfte kostenlos.)

Angemeldete Patente:

- Rl. 34g. R. 34521. Tischbeil. Billy Rauh, Berlin-Wilmersdorf. Aug. 16. 12. 11.
- Rl. 34g. K. 50338. Schankel Diegestuhl mit verstellbarem Kopf- und Fußteil. Friedr. Wilhelm von Raobelsdorf, Berlin-Oberschöneweide. Aug. 2. 2. 12.
- Rl. 34i. D. 26467. In der Schräg- und Höhenlage einstellbares Besen- oder Rollenpult. Frau Vertha Dent, Forst i. S. Aug. 3. 2. 12.
- Rl. 30a. L. 31684. Matrage, bei der eine mittlere Öffnung für ein unter der Öffnung befindliches Aufnahmegefäß durch ein verschiebbares Rifen von unten her verschlossen wird. Gust. Loh, Weiskensfeld a. S. Aug. 25. 1. 11.
- Rl. 68b. B. 66413. Schließvorrichtung für Fenster und dergl. mittels eines birgamen Druck- und Zugmittels. Wilh. Draße, Berlin. Aug. 26. 2. 12.
- Rl. 68b. B. 64871. Vorrichtung zum Bewegen und Einstellen von Schieberfenstern und ähnlichen Einrichtungen. Rud. Burger, Unteruhldingen a. Bodensee. Aug. 20. 10. 11.
- Rl. 38h. 510381. Sobelvorrichtung mit Vorfräser. Gebr. Schmalz, Offenbach a. M. Aug. 5. 5. 12.
- Rl. 38a. 510226. Leinwand. Elsworth Noble u. Peter Rosenberger, Louisville, E. St. A. Aug. 20. 11. 11.
- Rl. 38a. 510259. Sobelbankhintergange. Curt Wintler, Mannheim. Aug. 3. 5. 12.
- Rl. 38e. 510394. Vorrichtung zum Kochen und Warmhalten von Leim. Wilh. Leo's Nachf., Stuttgart. Aug. 10. 5. 12.
- Rl. 38b. 510694. Anlegeschablone für Holz-, Fräs- und Langlochbohrmaschinen. Otto Stottmeyer, Effmannsdorf b. Arieru. Aug. 11. 5. 12.
- Rl. 38b. 511069. Nutenstempvorrichtung. Albin Fiedler, Langensalza. Aug. 18. 5. 12.
- Rl. 38a. 510937. Verstellbarer Apparat zum winkelfrechten Verleimen mehrerer Läden auf einmal, der durch eine Auszugsvorrichtung Werkstücke jeder Breite aufnehmen kann. Wilhelm Bienenfeld, Jagenow i. M. Aug. 15. 4. 12.

Aus den Ortsvereinen.

Ansbad. Am Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 Uhr, findet im „Restaurant zum Halbmond“ unsere Monatsversammlung statt. Es ergeht hierzu an alle Kollegen die Bitte, sich doch recht zahlreich einzufinden zu wollen. Denn es ist wahrlich kein Vergnügen, wenn man immer nur die alten Gesichter sieht. Kollegen, es muß hier doch unbedingt einmal anders werden, denn so kann es nicht mehr weiter gehen, ich glaube, daß ein jeder Kollege einmal im Monat soviele Zeit hat und seine Versammlung besucht. Gibt es doch in jeder Versammlung Vorkommnisse, die gewiß für jeden organisierten Arbeiter von großer Wichtigkeit sein können, selbst wenn sich mancher Kollege sagt: „Ach was, das ist doch nicht so wichtig, ohne mich gehts auch.“ Aber ich glaube ganz bestimmt, daß wir Kollegen sehr oft nicht in der Lage sind, gegen alle Fälle gewappnet zu sein, da wir in manchen Fällen noch nicht richtig aufgeklärt sind, darum ist es höchst notwendig, daß ein jeder Kollege seine Versammlungen besucht, denn nur dort können wir uns die nötigen Kenntnisse aneignen. Am dann, wenn es sein muß, sie zu verwerten und uns als Gewerksvereiner zu zeigen. Es mag vielleicht mancher denken, in Ansbad brauchen wir nichts zu fürchten, aber es kann auch hier ein Wendepunkt in der Arbeiterbewegung eintreten, deshalb ist es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit eines jeden organisierten Arbeiters, sich für alle Fälle zu rüsten. Kollegen, kommt darum alle zahlreich in die Versammlung. Auch an die Pünktlichkeit möchte ich erinnern, denn es ist doch viel schöner, wenn die Versammlung zur festgesetzten Zeit eröffnet wird, anstatt immer auf jeden Kollegen warten zu müssen. Folge ein jeder der Parole: Am 7. Juli in die Versammlung des Gewerksvereins der Holzarbeiter Ansbad's. S. Köhle.

Berlin. (Modell- und Fabrikarbeiter.) Am Sonnabend, den 29. Juni, hatten wir bei gut besetztem Lokal das Vergnügen, Herrn Dr. Darmstadt zu lauschen zu dürfen, der uns über „Soziale Gemeindepolitik“ Vortrag hielt. Seinen Vortrag beginnend mit einem Ueberblick über die Entwicklung der Gemeinden und Städte, zeigte er besonders, wie durch den Zugang der Bevölkerung einerseits und die unglückliche, die Verhältnisse nicht übersehende Gemeindepolitik andererseits eine Wohnungsnot getrieben wurde, deren Schäden heute nur schwer zu beseitigen sind. Mit Zahlen und Beispielen über die Wohnungsnot in den verschiedensten Städten diese Behauptung beweisend, war ersichtlich, daß Berlin dabei am schlechtesten abschnidet. Auch der Mangel an freien Plätzen, Wald und Wiesen in Berlin sei der Volksgeundheit nicht besonders dienlich. Um dieser Kalamität entgegenzutreten zu können, sei es Pflicht der Gemeinde dafür zu sorgen, daß rasche und billige Verkehrsgelegenheiten geschaffen werden. Berlin habe allerdings billige Verkehrsstellen, aber diese genügen noch lange nicht um der Bevölkerung besonders der Arbeiterklasse es zu ermöglichen, in den äußersten Vororten, wo noch Luft, Licht und billige Wohngelegenheit sei, wohnen zu können. Es gebe also in diesem Punkte noch sehr viel Arbeit zu leisten. Die Frage der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsnachweises unter vollem Beifall der Versammlung behandelnd, stellte der Herr Vortragende sich auf den Standpunkt, daß es eine soziale Pflicht der Gemeinde sei, sich mehr wie bisher praktisch auf diesem Gebiete zu betätigen. Die Arbeitsnachweisfrage könne nur zur Zufriedenheit gelöst werden, wenn die Gemeinde die Vermittlung in die Hand nehme und die Privat- und Parteiinteressen ausgeschaltet werden. Indem der Redner noch eine Reihe anderer wichtiger Aufgaben behandelte und lebhaft Kritik an der bisher vielfach geübten Gemeindepolitik übte, und die Frage aufwarf, wie eine Besserung dieser Politik ermöglicht würde, kam er zu dem Schluß, daß nur durch eine Änderung des bestehenden Wahlrechts Remedie geschaffen werde. Das Drei-Klassenwahlrecht zur Kommune sei ein Privilegienwahlrecht, das die Mehrheit der Gemeindeglieder in ihren Rechten zur Mitarbeit brennende gegenüber

den bestehenden Klassen. Sollen alle Glieder der Gemeinde an derselben Interesse gewinnen, dann ist es notwendig, daß nicht nur das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Gemeindeglieder erkämpft werde, sondern es muß auch das Proporzverfahren eingeführt werden um den Minoritäten eine Vertretung zu sichern. Allerdings war der Herr Referent der Ansicht, daß bei diesem Wahlrecht eine gewisse Einschränkung insofern Platz greifen müsse, daß man dieses Wahlrecht erst erhalte, wenn der Wähler 2 oder 3 Jahre in der Gemeinde ansässig sei. Die Anwesenden auffordernd, auch an diesen Gemeindegemeinschaften durch Mitarbeit sich zu betätigen, schloß er seinen in allen Teilen interessanten und belehrenden Vortrag unter stürmischem Beifall der Versammlung. Zu der darauffolgenden Diskussion sprachen die Koll. Volkmann, Bleicher, Wischmann und Klobe in zustimmendem Sinne. Nach einem kurzen Schlusswort von Herrn Dr. Darmstadt und der Erledigung einiger Werkstattangelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende und trat die Zibellias in ihre Rechte. Als bald ließ die Kongresskapelle, aus Berufskollegen bestehend, unter der Leitung des Vorstehenden der Branche, der an diesem Abend sich auch als Kapellmeister bewährte, ihre präzis vorgelegenen Weisen ertönen und Musik, Tanz und humoristische Vorträge wechselten, so den Kollegen wie dem reichlich vertretenen Damenklub einen nicht nur lehrreichen, sondern zugleich auch vergnügten Abend bereitend. An dieser Stelle noch besten Dank Herrn Dr. Darmstadt für seine Bemühungen, aber auch unserer Musikkapelle, die so viel zur Verschönerung und der Erheiterung an diesem Abend beitrug, besten Dank. Unseren Kollegen jedoch, welche an diesem Abend mit Abwesenheit glänzten, möchten wir zurufen: kommt in Zukunft alle in die Versammlung und erhöht durch eure Anwesenheit das Interesse für unseren Gewerksverein und fördert gleichzeitig die Arbeitslust der Branchenkommision.

Berlin. (Sommerfest der Gewerksvereins-Viedertafel.) Am Sonntag, den 14. Juli 1912, veranstaltet die Gewerksvereins-Viedertafel ein Sommerfest in Alt-Stralau 5 (Victoria-Garten), bestehend aus: Konzert, Gesang und Spezialitäten-Vorstellung. Im Saale Tanz. Jedes Kind erhält ein Geschenk. Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr an geöffnet. Abends: Großer Fackelzug. Alle Kollegen wie Freunde des Vereins sind zu diesem Feste freundlichst eingeladen. Karten zu diesem Sommerfeste sind bei den bekannten Stellen für 20 Pfennig zu haben. Einen recht regen Besuch erwartet Der Vorstand.

Bremen. Am Sonnabend, den 15. Juni feierte der Ortsverein der Holzarbeiter sein erstes Stiftungsfest. Zu dem Fest der Freude gefielen sich aber auch die Vorgesetzten des Gewerksvereinsbanners, das vor einem Jahr entfallen wurde zu schätzen und immer mehr Kollegen unter dasselbe zu scharen. Nach einem gemeinschaftlich gesungenen Weislied hielt Arbeitersekretär Reischkat die Begrüßungsrede und zeigte in klaren Worten die Schwierigkeiten, unter denen das Gewerksvereinsbanner, begeistert von Haß und Neid in der sozialdemokratischen Hochburg, trotzdem entfallen und die Entwicklung des jungen Ortsvereins nicht aufgehalten werden konnte. Hieraus gab er ein Bild von der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer Entwicklung, dabei darlegend, daß die Idee der deutschen Gewerksvereine sich immer mehr Bahn gebrochen habe, was selbst der verbissenste Gegner heute nicht mehr ableugnen könne. Unser Wahlspruch vom Jahre 1868 habe noch heute Gültigkeit, der da lautet: Gleichberechtigung, friedliche Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Schiedsgericht usw. Erst im Notfall, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind, dann aber mit Wucht und Entschiedenheit greifen wir zur Arbeitseinstellung. Hier handle es sich nicht um das Mandat einer politischen Partei, sondern um das Werk, die Wohlfahrt der Allgemeinheit zu fördern. Deshalb sei es Pflicht aller Kollegen am Orte, unablässig für die weitere Ausbreitung der Gewerksvereinsbewegung zu tragen. Mit einem Hoch auf die deutschen Gewerksvereine schloß der Redner seinen mit Begeisterung aufgenommenen Vortrag. S. Lindt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 27. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig

Unsere Tarife.

In der Nr. 25 der „Eiche“ haben sich bei der Veröffentlichung der Veränderungen in den Tarifen einige Fehler eingeschlichen und bitten wir die Berichtigung zu berücksichtigen:
Bei Greifswald soll es statt 1. Juli 1912, 1. Oktober 1912 heißen.
Bei Großenhain muß beigefügt werden: Die Arbeitszeit wird um 1 Stunde verkürzt und zwar von 58 1/2 auf 57 1/2 Std.
In Neustadt a. S. erfolgt am 1. Juli 1912 eine Lohnerhöhung von 2 Pfennig, und nicht, wie in Nr. 25 irrtümlich steht, von 1 Pfennig.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten nach Braunsberg (Distr.), Görlitz (Waggonfabrik), Thorn (Schiffsbauplatz Pawlowski), Wesel (Bau- und Möbelschreiner).

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.

Verlorenes Mitgliedsbuch.
Nachstehendes Mitgliedsbuch ist als verloren gemeldet und wird hiermit für ungültig erklärt:
Nr. 8199 Josef Krupkowski - Berent.
Unterstützung darf auf dieses Buch nicht gezahlt werden.
Der Hauptvorstand.

Zur Aushilfe

haben nachstehende Ortsvereine bzw. Verwaltungsstellen in der Zeit vom 1. Juni bis einschl. 30. Juni 1912 folgende Zuschüsse erhalten:

- a) **Gewerksvereinskasse:** Braunsberg 128, — Bremen 68,80, — Görlitz 520, — Leipzig 40, — Orlitzburg 20, — Riebus 30, — Stuttgart 50, — Wesel 820 M.
- b) **Krankenkasse:** Berlin 100, — Brandenburg 25, — Danzig I 140, — Döbeln 40, — Fürth 55, — Görlitz 55, — Lauterbach 42, — Leipzig 40, — S.-Bindenau 50, — Liegnitz 20, — Lindau 10, — Löbau 40, — Mühlheim 25, — Romawas 70, — Nürnberg II 30, — Posen 40, — Stettin 40, — Stuttgart 115, — Themar 80, — Thorn 55, Worms 30 M.
- c) **Begräbniskasse:** Breslau 144, — Nürnberg II 144 M.

Die Ortsvereinskassierer werden hiermit auf das Bestimmteste ersucht, dem § 37 Abs. 3 des Gewerksvereinsstatuts die nötige Beachtung zu schenken.
Berlin, den 30. Juni 1912.

W. Kietze, Hauptkassierer.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 6. Juli 1912: Bezirk Ost und Möbelschler. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Reich, Petersburger Straße 55, Zehlendorf. Bezirk Nord und Bauischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstr. 143, Bezirksversammlung. Bezirk Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wollschläger, Adalbertstr. 21, Bezirksversammlung. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Marjahn, Goethestraße 59, Bezirksversammlung.
Sonnabend, den 13. Juli 1912: Bezirk Ost und Möbelschler. Abds. 8 1/2 Uhr, Koppenstr. 65, Bezirksversammlung. Bezirk Noabit. Abds. 8 1/2 Uhr, Turmstr. 18, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Wiesenklöschchen, Schloßstr. 66, Zehlendorf. Modell- und Fabrikarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Straße 50, Zehlendorf.
Sonntag, den 14. Juli 1912: Einseher. Vorm. 10 1/2 Uhr, b. Zimmermann, Kurzstr. 17 (nahe Alexanderplatz), Branchenversammlung. T.-O.: Rassenbericht der Branche, Vereinsangelegenheiten. Wegen sonstiger wichtiger Besprechung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen erforderlich.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt die „Amtliche Beilage“ bei, welche dem Ausführe sofort einzuhändigen ist.

Anzeigen.

Für den Interessierten ist die Redaktion der Zeitung gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsverein Neufölln.
Sonnabend, den 13. Juli 1912
5. Sommer, Hermannstr. 199:
Versammlung.
Schätzliches Gelingen erwartet
Der Ausschuss.

Der Arbeitsnachweis des jüdischen Bezirks
Sitzende ist
Hm. a. D., Reichardtstr. 14.
Die Besuche der Ortsvereine werden denungen nicht, ohne Stellen über arbeitslose Kollegen nicht nach der zu machen; diejenigen die Arbeiter von den arbeitslosen Kollegen des Ortsvereins, die außerhalb des Stadtbezirks wohnen oder arbeiten.
Die Bezirksleitung
J. A. Barkholt

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,-
Soll ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager auf Kontingentsbasis, Bombardgeschäften usw. anlaufe. Ferner liefere ich
100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4,- Mk.,
100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5,- Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6,- Mk.
Ein Versuch führt zu dauernder Anschaffung. — 500 sende franco. — Rückkommender nehme unentgeltlich zurück.
Verband nicht unter 100 Stück — 25 Pfg. Versandhaus, Berlin C., Neue Schönhauser Straße 16 — Begründet 1886.

Der Arbeitsnachweis des Breslauer Bezirks
Sitzende ist
Sitzende ist
— Die Besuche der Ortsvereine werden denungen nicht, ohne Stellen über arbeitslose Kollegen nicht nach der zu machen; diejenigen die Arbeiter von den arbeitslosen Kollegen des Ortsvereins, die außerhalb des Stadtbezirks wohnen oder arbeiten.
Die Bezirksleitung
Thorn. Durchreisende Kollegen erhalten beim letzten Besuche des Ortsvereins
Karlinski, Friedländer 6, 75 Pf.
Arbeitsnachweis.

Jugendbund der Deutschen Gewerksvereine
Abteilung II (Norden)
Sonntag, den 7. Juli 1912:
Feier des 2. Stiftungsfestes
in Kuhrmanns Gesellschaftsgarten Reinickendorf
Hauptstraße, Endstation der
Straßenbahnlinien 32, 35, 41
Um regen Zuspruch bittet Abteilung II, I. A.: Wilh. Büscher

5 tüchtige Bank- und 2 Maschinenschreiner
sowie gesucht nach Siegen (Westf.).
Stundenlohn 45—50 Pf.
Näheres durch P. Dann, Duisburg, Ruhrortstr. 85.

Möbelschler
auf weiße Möbel für Mitteldeutschland gesucht. Meldungen unter Angabe der Buchnummer beim Bezirksleiter Volkmann, Berlin NO 55, Greifswalder Straße 222.

3 bis 4 tüchtige Modelltischler
sowie gesucht.
Meldungen sind zu richten an
M. Scholz, Hamburg,
Luruper Weg 40, III.
Eisenach (Ortsverband). Karten
b. Kassierer Edmund Hartmann,
Biesenstr. 10.